



Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr haltet die Ausgabe 3/2014 meines Rundbriefes in den Händen. Drei Beiträge möchte ich an dieser Stelle hervorheben:

Klaus Huchthausen hatte sich zu einem Interview für die Homepage des SPD-Unterbezirks und des SPD-Gemeindeverbandes Holle bereit erklärt. Thema des Interviews sind die Gespräche zwischen den Landkreisen Hildesheim und Peine für eine Fusion beider Landkreise. Aufgrund der Bedeutung und der Aktualität habe ich mich entschieden, das Interview auch in diesem Rundbrief abzudrucken.

Bernd Westphal hat auf meine Anfrage nach einem Namensartikel sofort zugesagt. Er befasst sich mit der Bilanz der Bundespolitik nach 7 Monaten Großer Koalition.

Der dritte Beitrag kommt von Oliver Lindner, einem sehr guten Freund und politischen Wegbegleiter. Sein Beitrag „Nichts eingefallen – aus der Zeit gefallen!?“ befasst sich mit der Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems. Der Artikel wurde zuerst

auf seiner persönlichen Homepage veröffentlicht, Oliver Lindner war aber sofort einverstanden, dass ich ihn auch in diesen Rundbrief aufnehme.

Daneben finden sich auch in dieser Ausgabe Berichte: Unterbezirksvorstand, Mitgliederversammlung, Wahlkampf und Wahlergebnis.

Und natürlich darf auch ein historischer Rückblick nicht fehlen: Ihr findet ein Portrait des langjährigen SPD-Unterbezirkvorsitzenden Karl Stephan am Ende dieser Ausgabe. Er war Mitglied des Preußischen Landtages und hatte den UB-Vorsitz bis zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus 1933 inne. Leider ist seine Person in Vergessenheit geraten.

Ich wünsche Euch nun viel Spaß beim Lesen! Außerdem wünsche ich Euch eine schöne Sommerzeit

Euer Sven

P.S.: Nicht vergessen! Am 3. August findet das Brennetrogrennen des SPD-Gemeindeverbandes statt! 14:00 Uhr, an der Innerste, Grasdorf!

Interview mit Klaus Huchthausen, Bürgermeister der Gemeinde Holle, zu den Fusionsgesprächen der Landkreise Hildesheim und Peine

Der Landkreis Hildesheim und der Landkreis Peine befinden sich momentan in einen Diskussionsprozess über eine mögliche Fusion der beiden Kommunen. Beide Kreise haben die Aufnahme von Verhandlungen beschlossen. Die Redaktion der Homepage des SPD-Unterbezirks Hildesheim und des SPD-Gemeindeverbandes Holle befragte Klaus Huchthausen, Bürgermeister der Gemeinde Holle und für die Gemeinden des Landkreises Hildesheim Mitglied in der Lenkungsgruppe für die Fusionsverhandlungen, zum Stand der Fusionsverhandlungen, seinen Eindrücken und den Herausforderungen, die mit einer Fusion verbunden sind. Hier das Interview:

Wie entstand die Idee zu einer Fusion? Und wie wurde die Idee bei den Gemeinden diskutiert?

Ausgangspunkt war ein Gutachten zur Gebietsstruktur in Niedersachsen, dass noch von der CDU/FDP-Landesregierung in Auftrag gegeben wurde und an diese übergeben wurde. Dort wurde die Idee formuliert, die Kreispolitik hat sie aufgegriffen.

Die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden wurden über diese Idee von Seiten der Kreisverwaltung informiert. Landrat Wegner hat hierbei den Gemeinden gleich eine Beteiligung an der die Fusion begleitende Lenkungsgruppe eingeräumt. Die Idee wurde von den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden zur Kenntnis genommen, aber nicht negativ diskutiert.

Welche Stimmung hast du bei den bisherigen Verhandlungen registriert?

Unterschiedlich. Die Meinung der Beteiligten schwankt zwischen klarer Ablehnung und klarer Zustimmung. Die Mehrheit der Beteiligten wartet jedoch nach Vorliegen der in Auftrag gegebenen Gutachten die Ergebnisse der eingerichteten Arbeitsgruppen ab.

Wie wird es weitergehen? Gibt es einen Zeitdruck?

Die Gutachten liegen mittlerweile vor. Die eingerichteten Arbeitsgruppen haben ebenfalls ihre Arbeit aufgenommen und werden voraussichtlich Ende August ihre Ergebnisse vorlegen. Nach Vorliegen, und dies ist eine Forderung der Städte und Gemeinden, müssen diese Ergebnisse ausgewertet und bewertet werden. Danach wird es eine möglichst einvernehmliche Stellungnahme aller Städte und Gemeinden geben. Ich halte hier in dieser entscheidenden Phase einer möglichen Fusion einen unnötigen Zeitdruck für nicht angebracht.

Wer fällt die Entscheidung? Und werden die Gemeinden in die abschließende Meinungsbildung einbezogen?

Die endgültige Entscheidung fällt der Gesetzgeber und damit der Niedersächsische Landtag, sofern und sobald entsprechende Fusionsbeschlüsse in den Kreistagen in Peine und Hildesheim gefasst werden. Es ist vorgesehen auch alle beteiligten Städte und Gemeinden an der abschließenden Meinungsbildung zu beteiligen. Hierzu werden in allen Städten und Gemeinden Ratsbeschlüsse herbeigeführt werden müssen.

Welche Chancen ergäbe eine Fusion – aus Sicht deiner Gemeinde, aber auch nach deinen Wahrnehmungen aus den Gesprächen der Bürgermeister?

Diese Fragen können noch nicht endgültig beantwortet werden. Alle Städte, Gemeinden und Samtgemeinden aus den Landkreisen Peine und Hildesheim haben einen gemeinsamen Fragenkatalog erarbeitet. Neben den Antworten auf diese Fragen erwarten die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden, aber auch aus dem Gutachten und den Ergebnissen der Arbeitskreise Antworten auf die Veränderungen und damit verbundenen Chancen und Risiken, die sich aus einer Fusion für sie ergeben. Wir sind hierauf gespannt.

Welche Herausforderungen wären mit einer Fusion verbunden – wieder aus Sicht deiner Gemeinde, aber auch nach deinen Wahrnehmungen aus den Gesprächen mit den Bürgermeistern?

Es sind zum Teil rein technische Fragen zu beantworten, wie z. B. die Zusammenführung von Verwaltungen und die sich hieraus ergebenden finanziellen Konsequenzen. Es sind aber auch andere Gesichtspunkte zu beachten. Denn es wird hier nicht nur eine Kreisgrenze überschritten, sondern auch die Grenzen der ehemaligen Bezirksregierung. Es gibt bei solch einer Fusion klare und enge Verbindungen sachlicher aber emotionaler Art, teils Richtung Hannover und teils Richtung Braunschweig. Diese Bindungen dürfen bei den anstehenden Fusionsverhandlungen keinesfalls außer Acht gelassen werden.

Kritiker einer Fusion behaupten der Landkreis Hildesheim hole sich mit dem Nachbarn lediglich Schulden ins Haus. Wie ist deine Einschätzung?

Eine Antwort hierauf kann erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Arbeitsgruppen gegeben werden. Eine Beurteilung dieses Sachverhaltes ohne diese Ergebnisse, in denen ja auch unter anderem festgestellt wird,

wie die jeweilige Aufgabenverteilung in den Landkreisen geregelt ist, welche Investitionen stehen Schulden entgegen usw., ist objektiv zur Zeit kaum möglich.

Weshalb könnte der Bürger an einer Fusion interessiert sein?

Auch und gerade diese Frage muss durch die in Rede stehenden Arbeitsgruppenergebnisse beantwortet werden.

Wenn die Fusion klappt, wäre das das Ende? Oder könnte es dann weitere Schritte zu einer größeren Region hin geben? Wie schätzt du das ein?

Ich habe in meinem Berufsleben gelernt niemals "nie" zu sagen. Daher ist eine absolute Antwort auf diese

Frage nicht möglich. Ich glaube allerdings nicht, dass es nach einer Fusion – sollte sie denn kommen – zwischen den Landkreisen Peine und Hildesheim eine Fusion mit einem weiteren Landkreis geben wird. Wie sich die Situation auf längere Sicht darstellt, bleibt abzuwarten.



Unterbezirk tagt in Groß Himstedt in der Gemeinde Söhle Treffen der Vorstände der Unterbezirke Hildesheim und Peine

Die Gespräche über eine Fusion der Landkreise Hildesheim und Peine laufen seit einigen Wochen. Nun haben sich auch die Vorstände der SPD-Unterbezirke Hildesheim und Peine zu einem ersten Austausch getroffen. Auf Einladung von Waltraud Friedemann, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim, nahmen der Vorsitzende des Unterbezirks Peine, Gerd Meister, und weitere Mitglieder des Peiner Unterbezirksvorstandes an einer Sitzung des Hildesheimer Unterbezirksvorstandes teil. Dieser war am 16. Juni 2014 zu einer Sitzung in Groß Himstedt in der Gemeinde Söhle zusammengelassen.



Neben der Vorstellung der Unterbezirke und ihrer Struktur standen Fragen der Fusionsgespräche, damit verbunden der Öffentlichkeitsbeteiligung aber auch der Parteistrukturen im Mittelpunkt der Zusammenkunft. Waltraud Friedemann wies auf den Charakter dieses Treffens hin. „Es ist ein erstes Treffen, um neben den Verwaltungen und den Kreistagsfraktionen auch die beiden Parteigliederungen miteinander ins Gespräch zu bringen“, so Waltraud Friedemann. Die eventuelle Veränderung von Parteigliederungen stehe zwar erst am

Ende eines erfolgreichen Fusionsprozesses, dürfe aber nicht aus dem Blick verloren gehen. Gespräche, Austausch und Zusammenarbeit seien aber eine gute Grundlage und wichtige Begleitung des Prozesses.

Gerd Meister betonte, dass es im Rahmen der Fusionsgespräche darum gehe, die Bürgerinnen und Bürger und deren Interessen zu vertreten und gleichzeitig die Parteimitglieder und Parteigliederungen mitzunehmen. „Für beide Unterbezirke ist es eine Aufgabe und Herausforderung, zu schauen, wie der Prozess laufen kann“, unterstrich Gerd Meister. Nach dem Gespräch mit den Genossinnen und Genossen aus dem Unterbezirk setzte der Unterbezirksvorstand Hil-

desheim seine Sitzung fort. Er berief Horst-Günther Bode (Ortsverein Grasdorf-Luttrum/Gemeindeverband Holle) zum Internet-Beauftragten des Unterbezirks.

Außerdem befasste sich der Vorstand mit der Vorbereitung der Klausurtagung am 11. Juli 2014, bei der es um die Auswertung des Europa- und der Bürgemeisterwahlkämpfe, Personalentwicklung, Veranstaltungsformate und die Bearbeitung von Zukunftsthemen gehen soll.

Mitgliederversammlung des Gemeindeverbandes am 2. Juni 2014

- „Wir haben gemeinsam viel erreicht“

Am 2. Juni 2014 fand die Mitgliederversammlung des SPD-Gemeindeverbandes Holle statt. Im Mittelpunkt der Versammlung standen die Neuwahl des Vorstandes und die Ehrung langjähriger Mitglieder. Außerdem standen Berichte aus dem Gemeindeverbandsvorstand, der Gemeinde, dem SPD-Unterbezirk und dem Niedersächsischen Landtag auf der Tagesordnung.

„Ich habe ein sehr engagiertes Team um mich herum“, unterstrich Bernd Leifholz, Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle, in seinem Bericht über die Arbeit des Gemeindeverbandsvorstandes. Zu Beginn seiner Rede gratulierte er Klaus Huchthausen ganz herzlich zu dessen Wahlerfolg bei der Bürgermeisterwahl am 25. Mai 2014. „Es ist ein sehr großer Erfolg. Wir wünschen Dir viel Erfolg bei Deiner weiteren Arbeit“, so Bernd Leifholz. In seinem Bericht ließ Bernd Leifholz die Arbeit der letzten Monate seit der Mitgliederversammlung im Dezember 2013 Revue passieren. Hierzu gehörten das Benefizessen mit Minister Boris Pistorius, die Veranstaltung „Mobilität im ländlichen Raum“

mit Minister Olaf Lies, der Info-Stand im Wahlkampf, die Pflege und Entwicklung der Homepage und schließlich die Informationsveranstaltung für die Ortsvereine, um die Frage der zukünftigen Parteistruktur in Holle zu beraten. „Wir haben gemeinsam viel erreicht“, betonte Bernd Leifholz.

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung stand die Ehrung langjähriger Mitglieder. Karl-Heinz Huwald und Josef Seitner wurden für 40jährige Mitgliedschaft aus-

gezeichnet, Kurt Ewert für zehnjährige Mitgliedschaft. Außerdem konnte ein neues Mitglied begrüßt werden.

Auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung stand außerdem die Neuwahl des Vorstandes. Bernd Leifholz wurde als Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Inka Uthe und Maike Gückel erneut gewählt. In ihren Funktionen bestätigt wurden auch Karin Wieduwilt (Kassiererin), Horst-Günther Bode (Internet-Bbeauftragter), Hans-Adolf Knopp (Pressewart) und Sven Wieduwilt (Schriftführer).



Schließlich sah die Tagesordnung die Berichte aus der Gemeinde, dem Niedersächsischen Landtag und aus dem SPD-Unterbezirk vor. Rainer Geweke stellte die Schwerpunkte der Arbeit der Gemeinderatsfraktion in den letzten Monaten dar.

Markus Brinkmann MdL berichtete über die Arbeit im Niedersächsischen Landtag und die Bilanz nach über einem Jahr rot-grüner Landesre-

gierung.

Sven Wieduwilt gab in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hildesheim einen Überblick über die Arbeit des Unterbezirksvorstandes seit dessen Neuwahl beim Unterbezirksparteitag Ende März 2014.



Die SPD regiert. Das Land kommt voran.

von Bernd Westphal MdB

Seit einem guten halben Jahr ist die SPD in der Großen Koalition. Die Bilanz unserer Regierungsverantwortung kann sich sehen lassen. Viele der Projekte, für die wir im Wahlkampf gekämpft haben, konnten wir schon umsetzen. Der Mindestlohn, das Rentenpaket, die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Überarbeitung des Gesetzes für Erneuerbare Energien sind auf den Weg gebracht. Wir verstehen uns als Motor dieser Großen Koalition. Aber wir wollen auch den gemeinsamen Erfolg. Dabei setzen wir in dieser Wahlperiode auf mehr Investitionen. Deutschland braucht dringend Verbesserungen bei Bildung und Forschung, beim Ausbau der Infrastruktur (z. B. Breitband) aber auch Weiterentwicklungen bestehender sozialdemokratischer Politik wie z. B. beim Elterngeld-Plus.

Mindestlohn

Kernstück ist die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde. Im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie – wie das Mindestlohngesetz korrekt heißt – ist das Ziel, mehr Lohngerechtigkeit in Deutschland zu schaffen. Seit Jahren fordern wir ihn gemeinsam mit den Gewerkschaften. Es ist nicht nur ein Erfolg, dass wir den Mindestlohn in den Koalitionsverhandlungen mit der Union durchgesetzt haben, sondern auch, dass es mit der Umsetzung so zügig klappen soll. Am 1. Januar 2015 soll das Gesetz in Kraft treten, damit endlich auch in Deutschland, wie in 21 anderen EU-Mitgliedsstaaten, ein flächendeckender Mindestlohn für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen Branchen gelten kann. Abweichungen sind nur für klar begrenzte Fallgruppen vorgesehen, z. B. für Minderjährige ohne Berufsausbildung oder für Auszubildende.

Ohne jede Einschränkung gilt der Mindestlohn ab dem 1. Januar 2017. Gut vier Millionen Menschen in unse-

rem Land werden vom Mindestlohn profitieren und Arbeit erhält die Wertschätzung, die notwendig ist.

Rente

Am 15. Juli 2014 ist das Gesetz für Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung – so der offizielle Titel – in Kraft getreten. Mit dem Rentenpaket erhalten Menschen, die lange berufstätig waren und 45 Jahre lang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, die Möglichkeit, früher ohne Abschläge in Rente zu gehen. Das gilt zunächst ab 63 Jahren. Ab dem Geburtsjahr 1953 wird das Alter dann schrittweise um jeweils zwei Monate auf 65 Jahre angehoben. Dabei werden unter anderem Zeiten der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes, Zeiten der Pflege von Angehörigen oder Zeiten, in denen Arbeitslosengeld oder Kurzar-

beitergeld bezogen wurde, angerechnet. Aber auch für die Menschen, die nach Erreichen der Regelaltersgrenze (künftig 67 Jahre) ihr Arbeitsverhältnis fortsetzen möchten, besteht nun eine rechtssichere Regelung. Zudem erhalten Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, eine bessere Anerkennung ihrer Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt.

Darüber hinaus wird für Menschen, die zukünftig aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, die Erwerbsminderungsrente erhöht, und auch das Reha-Budget der gesetzlichen Rentenversicherung wird angehoben.



Energiewende

Einen Bereich möchte ich besonders herausstellen, weil ich im Ausschuss für Wirtschaft und Energie direkt an den Entstehungsprozessen der Novelle beteiligt war: die Überarbeitung des Erneuerbare Energien-Gesetzes (EEG). Unser Ziel ist es, die Erneuerbaren Ener-

gien weiter auszubauen, gleichzeitig aber die steigenden Stromkosten für Verbraucher und Industrie in den Griff zu bekommen. Das EEG hat sich in den letzten 14 Jahren als äußerst erfolgreich beim Ausbau der Erneuerbaren Energien erwiesen. Auf der einen Seite hat es zwar erheblich dazu beigetragen, dass die Erneuerbaren mit einem Anteil von 25 Prozent inzwischen eine tragende Säule der Energieversorgung in Deutschland darstellen. Auf der anderen Seite drohten die in den letzten Jahren stark gestiegenen Strompreise den Erfolg der Energiewende zu gefährden. Deshalb musste das EEG reformiert werden.

Der verbindliche Ausbaukorridor für die Erneuerbaren musste für alle planbarer gemacht und die Kosten für den weiteren Ausbau gesenkt werden. Außerdem sollen die Kosten gerechter verteilt werden, in dem die

Eigenstromerzeugung anteilig an der EEG-Umlage beteiligt und die Ausnahmeregelungen für die stromintensive Industrie auf Unternehmen konzentriert werden, die im internationalen Wettbewerb stehen. Hier sichern wir Arbeitsplätze zum Beispiel bei Pleissner in Elze oder bei Sappi in Alfeld. Bis 2025 soll der Anteil der Erneuerbaren an der Stromversorgung auf 40 bis 45 Prozent gesteigert werden.

Ich bin sehr stolz, dass es uns gelungen ist, den Paragraphen zum Ausschluss der Erdverkabelung bei der Bündelung von Trassen aus dem Entwurf der Novelle noch zu streichen, damit die Option beim Sued.Link auch für den Landkreis Hildesheim weiter bestehen kann.

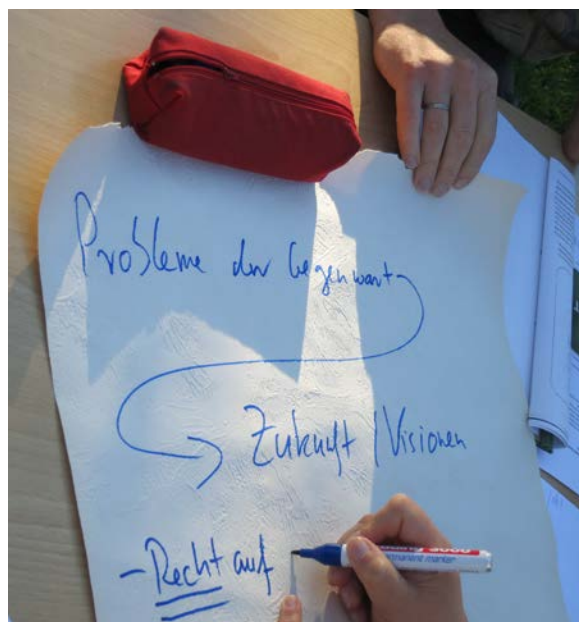
Zukunftsthemen und Parteiorganisation im Blick - Klausurtagung des SPD-Unterbezirkvorstandes

Am 11. Juli 2014 kam der SPD-Unterbezirksvorstand zu seiner Klausurtagung in der Ortschaft Ortshausen in der Stadt Bockenem zusammen.



„Die Wahlkämpfe liegen hinter uns, wir haben zwei Jahre ohne Wahlkampf vor uns und hatten uns daher vorgenommen, zu Beginn unserer Wahlperiode zu einer Arbeitsklausur zusammenzukommen, um frühzeitig Weichen zu stellen, Schwerpunkte zu setzen und eigene Arbeitsaufträge zu definieren“, betonte Waltraud Friedemann, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim. „Dementsprechend standen das Ausloten von regionalen, aber auch überregionalen Zukunftsthemen und unterschiedliche Aspekte der Parteiorganisation auf dem Programm der Klausur.“

Das Programm der Klausur sah vier Schwerpunkte vor, die in Arbeitsgruppen bearbeitet und diskutiert wurden. Hierbei handelte es sich um die Arbeitsgruppen Personalentwicklung, Mitgliederwerbung, Organisation der Parteistrukturen und die Diskussion um Zukunftsthemen. Auch wenn die Themen getrennt behandelt wurden, wurde deutlich, dass sie eng miteinander verbunden sind. „Es geht um die Anforderungen an eine moderne Volkspartei, die den Anspruch hat, Gesellschaft zu gestalten“, so der Tenor bei der Klausur.



Die Wahlen am 25. Mai 2014 - ein voller Erfolg

Am 25. Mai 2014 fanden in der Gemeinde Holle sowohl die Bürgermeisterwahlen als auch die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Klaus Huchthausen wurde mit 85,3% der Stimmen in seinem Amt bestätigt.

„Herzlichen Glückwunsch, lieber Klaus. Weiterhin viel Erfolg und auch zukünftig eine gute Zusammenarbeit“, mit diesen Worten gratulierte Maike Gückel, stellv. Vorsitzende des SPD-Gemeindeverbandes Holle, im Namen des Gemeindeverbandes Klaus Huchthausen zu seiner Wiederwahl.

Er wurde mit 85,3% der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Klaus Huchthausen, der das Amt des Bürgermeisters seit 2001 ausübt und bereits 2006 in diesem Amt bestätigt wurde, kann damit am 1. November 2014 seine dritte Amtszeit als Bürgermeister der Gemeinde Holle antreten.



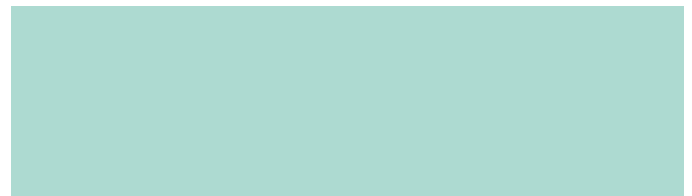
Verstärkt wurde das Team von Dr. Cornelia Ott, stellv. Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim und Kandidatin auf der Liste zur Wahl des Europäischen Parlaments.

Sven Wieduwilt, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Grasdorf-Luttrum und stellv. Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hildesheim, unterstrich den Stellenwert der Europawahl. „Die europäische Politik hat eine hohe Bedeutung auch für die Bundesländer, Landkreise und Gemeinden. Und die Wahl zum Europäischen Parlament bietet die Möglichkeit, auf die Gestaltung dieser Politik Einfluss zu nehmen“, so Sven Wieduwilt. „Und außerdem: Die Europäische Union ist das Friedensprojekt. Und hierfür lohnt es sich zu werben! Europa hat es verdient.“

Auch mit dem örtlichen Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament kann die SPD in der Gemeinde Holle zufrieden sein. Sie erreichte 40,6% der Stimmen und konnte damit ihr Ergebnis in der Gemeinde Holle im Vergleich zur Europa-Wahl 2009 um 6,6% steigern.

Im Vorfeld der Wahlen, am 17. Mai 2014, fand der Info-Stand des SPD-Gemeindeverbandes Holle zur Bürgermeister- und Europawahl am 25. Mai 2014 statt.

Das Team des SPD-Gemeindeverbandes Holle nutzte den Info-Stand, um für die Positionen und die Personen der SPD, die am 25. Mai zur Wahl stehen, zu werben. „Der Info-Stand gehört zum Wahlkampf einfach dazu. Und es macht Spaß, bei Kaffee und gebackenen Waffeln mit den vorbeikommenden Bürgerinnen und Bürgern in ein Gespräch zu kommen und deutlich zu machen, wie wichtig es ist, am Wahltag vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Es geht dabei um unsere Gemeinde“, betonte Klaus Huchthausen.



Nichts eingefallen – aus der Zeit gefallen!?

von Oliver Lindner, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Biederitz, stellv. Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Jerichower Land, Quelle: <http://www.olindner.de>

Ein Blick auf die Krise des politischen Establishments in Frankreich und Italien macht deutlich, dass Parteienlandschaften erodieren und sich verändern können. Auch wenn es jeweils spezifische nationale Ursachen gibt, hat es immer ganz wesentlich mit der Krise des politischen Personals zu tun. Wenn dieses sich nämlich überwiegend mit sich selbst beschäftigt und nur mit "Mandatssicherungsaufgaben" anstatt mit inhaltlichem Streit und Fortschritt, straft der Wähler dieses Verhalten irgendwann ab.

Parteien hatten in der Vergangenheit immer auch die Aufgabe, solche Entwicklungen zu verhindern und für einen "Durchfluss" von Personal und Inhalten zu sorgen. Wenn die Partei als politische Reanimierungsmaschine ausfällt, bleibt ein Totalschaden nicht aus. In vielen Staaten in Europa kann man beobachten, wie Parteien aufgelöst und neugegründet werden oder sich reformatieren. Nur in Deutschland scheint die Parteienlandschaft davon verschont zu werden. Aber ist das wirklich so?

Viele haben den Glauben an einer Wiederauferstehung der FDP noch nicht aufgegeben. Das hat aber eher etwas mit den Inhalten einer wirklich liberalen Partei (Freiheit, Rechtsstaatlichkeit) zu tun als mit dem Bedauern der realexistierenden FDP nach dem Super-Gau 2013. In der Nahsicht sieht es bei der FDP zumindest in Ostdeutschland relativ schwierig aus. Von einer gesund funktionierenden Partei-Struktur kann schon lange keine Rede mehr sein. Das hat Auswirkungen auf die inhaltliche und personelle Aufstellung der Partei.

Schaut man sich den Zustand der drei großen Parteien in der ostdeutschen Fläche an, bin ich versucht zu behaupten, dass dieser Zustand auch in 20 Jahren den Parteien CDU, LINKE und SPD droht. Wenig Neueintritte, eine zunehmende Veralterung und eine damit hohe

Sterberate sind die wesentlichen Ursachen. Dadurch wird die Organisation immer kleiner – und: immer weniger reanimierungsfähig. Bereits heute ist eine gesunde Rollenverteilung von Partei und Fraktion vielerorts kaum möglich, weil die wenigen, die sich engagieren, gleichzeitig auch Mandate innehaben. Es stellt sich gar nicht die Frage nach einer personellen Auswahl. Ein inhaltlicher Streit ist kaum möglich, weil es im Wesentlichen um eine Mandatsverteilung geht. Ein immer kleinerer Kreis sorgt dann für ein Kartell vor Ort, das jeden verirrtten Neuankömmling in der Partei fast unmöglich macht, mitzumachen. Die Parteien im Osten waren auch in den letzten 25 Jahren nie so stark wie ihre West-Verbände. Auf niedrigem Niveau mussten sie aber alle deutliche Mitgliederverluste hinnehmen. Das hat zur Folge, dass in vielen Gemeinderäten nicht die Parteien die maßgeblichen Akteure sind, sondern jegliche Vereine, Zusammenschlüsse und Gemeinschaften, die oftmals singuläre Themen und ihre Primärinteressen im Fokus haben. Wo entstehen da noch politische Initiativen? Vielfach werden nur Beschlussvorlagen der Verwaltung "bearbeitet" oder auf Ein-Themen-Bürgerproteste reagiert. Die eigentliche Funktion von Parteien, Interessen zu bündeln, diese zu diskutieren und Betroffene dabei einzubeziehen, bleibt unbesetzt.

Diese Beobachtungen bleiben mit Sicherheit kein ostdeutsches Flächenphänomen. Die politische Kultur hat sich verändert, die Erwartungen an eine Lösungskompetenz und schließlich sehr hohe Erwartungen an Integrität und Glaubwürdigkeit an die politisch Handelnden.

Wer ernsthaft an der Gesundung der Parteienlandschaft interessiert ist und damit auch an der Stabilität unserer repräsentativen Demokratie, sollte heute in Ostdeutschland anfangen, sich mit den Problemen zu



Foto: <https://de-de.facebook.com/spdbiederitz>



Foto: <http://www.olindner.de>

beschäftigen. Wie kann es gelingen, die Parteien wieder zu revitalisieren? Welche Strukturen sind in der sich verändernden Gesellschaft (Stichworte: Mobilität, Individualität, Digital etc.) erforderlich? Welche aktiven Menschen wollen wir zum Mitmachen einladen, welche Rahmenbedingungen brauchen wir dafür?

Dazu nur drei rudimentäre Gedanken:

Wer heute die seltene Entscheidung trifft, in eine Partei einzutreten, will mitentscheiden. Neueintritte sind überwiegende Eintritte von Aktiven. Die unmittelbare Einbeziehung in inhaltliche und personelle Entscheidungen sind unabdingbar. Es ist schwer nachzuvollziehen, warum ein Kreisverband mit 200 Mitgliedern noch mit Delegierten auf Parteitage arbeitet. Grundsätzlich sollten alle Mitglieder eingeladen werden. Keine Angst – es kommen sowieso nicht alle.

Es muss auch mal wieder politisch gestritten werden. Ortsvereine der SPD waren mal Orte, in dem man sich auch mal über aktuelle politischen Themen austausch-

te. So entstand auch mal ein Antrag für Parteitage, der sich nicht nur um die Kommunalpolitik drehte. Wo finden diese Diskussionen heute noch statt?

Die Organisationsstruktur muss auf ein Mindestmaß heruntergefahren werden. Stattdessen müssen Strukturen individuell aufgebaut werden, um ein bestimmtes Thema oder eine bestimmte Kampagne umzusetzen. Es braucht temporäre Arbeitsstrukturen die es erlauben, dass sich Mitglieder und Nichtmitglieder für eine bestimmte Sache, für ein bestimmtes Ziel engagieren. Es muss der Grundsatz gelten: Erst die Aufgabe, dann die Struktur. Strukturen dürfen kein "Mandatsverteidigungsinstrument" sein, sondern ein Mittel um ein politisches Ziel zu erreichen. Das ist zwar logisch aber leider nicht Realität.

Die Parteien tun gut daran, an ihrer eigenen Reformfähigkeit zu arbeiten, sonst machen sie sich irgendwann überflüssig. Das ist keine Theorie, sondern vielerorts Praxis. Es ist an der Zeit sich auf den Weg zu machen!

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sichern, Umwelt- und Verbraucherschutz gewährleisten, Arbeitnehmer_innen-Rechte auf die Tagesordnung setzen – für eine Neu-Ausrichtung der Verhandlungen der Europäischen Kommission über ein Freihandelsabkommen mit den USA

Positionspapier des Vorstandes des SPD-Gemeindeverbandes Holle vom 7. Juli 2014

Derzeit verhandelt die Europäische Union, vertreten durch die Europäische Kommission und für ihre Mitgliedstaaten, mit den USA über eine Freihandelsabkommen. Die Verhandlungen stehen seit mehreren Monaten in der Kritik. Neben Nicht-Regierungsorganisationen wie etwa Attac, Campact, Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft/AbL und Mehr Demokratie e.V. gehören auch die europäischen Gewerkschaften zu den Kritikern. So hat der Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Mai festgestellt, dass „die laufenden Verhandlungen um ein EU-Freihandelsabkommen mit den USA (...) noch in die falsche Richtung gehen.“ Der DGB betont in diesem Beschluss, dass „aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften (...) Handelsgespräche zwischen der EU und den USA dann Vorteile bringen, wenn sie dazu genutzt werden, eine grundsätzlich neue Ausrichtung der Handelspolitik voranzutreiben, die auch globale Standards für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung setzt.“

Die Kritik an den Verhandlungen und dem geplanten Abkommen setzt an folgenden Punkten an:

- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden bedroht: Konzernern wird die Möglichkeit eröffnet, vor privaten, nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten Staaten auf hohe Schadenersatzzahlungen zu verklagen, wenn diese Gesetze verabschieden, die die Gewinne schmälern. Ein Staat muss Sorge haben, bei neuer Regulierung verklagt zu werden, weil Investoren ein möglicher Gewinn durch die Lappen geht. Heribert Prantl hat dieses Supergrundrecht in der Süddeutschen Zeitung folgendermaßen formuliert: „Die ungestörte Investitionsausübung ist gewährleistet. Kein Großinvestor darf gegen seine Interessen zum Umweltschutz, Kündigungsschutz, Datenschutz, Verbraucherschutz und sozialer Verantwortung gezwungen werden.“ (Süddeutsche Zeitung vom 11. Mai 2014)

- Die Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen wird fortgesetzt: Zwar soll es Negativlisten geben, auf denen die Dienstleistungen geführt werden, die von der Liberalisierung ausgenommen sein sollen. Der Regelfall ist aber die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

- Die Regelungen zum Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz geraten unter Druck. Weitergehende Regulierungen werden aufgrund des Investorenschutzes unmöglich gemacht.

- Die Verhandlungen werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der demokratisch gewählten Parlamente geführt.

Die SPD im Gemeindeverband Holle betrachtet die Verhandlungen über das geplante Freihandelsabkommen mit großer Sorge. Das betrifft die Frage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, das betrifft aber auch die Frage nach der Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge - wobei auch diese Frage eng verbunden ist mit demokratischer (oftmals kommunaler) Gestaltung und Teilhabe.

Am Beispiel der Debatte um eine Privatisierung der Wasserversorgung hat der SPD-Gemeindeverband Holle Auswirkungen und Konsequenzen bereits 2012 im Rahmen einer Veranstaltung thematisiert.

Die SPD im Gemeindeverband Holle fordert die übergeordneten Parteigliederungen und seine Mandatsträger im Niedersächsischen Landtag, Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament auf, sich für folgende Punkte einzusetzen:

- Der Investorenschutz in Form privater Schiedsgerichte wird abgelehnt. Die Rechtsordnungen beider Wirtschaftsräume bieten ausreichenden Schutz für Investoren.
- Gesetzliche Regelungen und die damit verbundenen Standards im Bereich Sozialpolitik, Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz müssen gewahrt bleiben. Jede Seite muss die rechtliche Möglichkeit behalten, eigene und weitergehende Standards festzulegen. Das gilt auch für die rechtliche Möglichkeit, Steuern, Abgaben, Gebühren oder Konzessionen zu erheben.
- Öffentliche Dienstleistungen müssen aus den Verhandlungen ausgeklammert werden. Der Schutz öffentlicher Dienstleistungen darf nicht durch die Hintertür durch das TTIP bedroht werden. Das in der EU geltende Subsidiaritätsprinzip, wonach Kommunen, Länder und Mitgliedsstaaten ihre Daseinsvorsorge weitgehend selbst gestalten, muss strikt beachtet werden. Gleichzeitig dürfen auch für das öffentliche Beschaffungswesen keine Regelungen erfolgen, die

zu weiterer Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen führen.

- Die Verhandlungen müssen genutzt werden, um nicht nur Handelsgrenzen abzubauen, sondern auch um Standards für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Tagesordnung zu setzen. Hierzu gehört die Ratifizierung aller ILO-Sozialstandards in der EU wie in den USA.
- Die Verhandlungen müssen mit hoher Transparenz geführt werden. Dazu gehört eine umfassende Information des Europäischen Parlamentes (und nicht nur die vertrauliche Unterrichtung eines Ausschusses) und der nationalen Parlamente. Dazu gehört auch eine breite und transparente Information der Öffentlichkeit.
- Die abschließende Abstimmung über ein mögliches Abkommen darf nicht nur im Europäischen Parlament stattfinden. Sie obliegt allen nationalen Parlamenten. Es muss sichergestellt werden, dass diese ebenfalls abschließend über ein mögliches Abkommen entscheiden. In der Bundesrepublik Deutschland muss es die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat geben.
- Ein mögliches Abkommen bedarf der Verpflichtung zur regelmäßigen Überprüfung und Evaluierung. Auch im Hinblick auf die Laufzeit von Legislaturperioden halten wir einen Zeitraum von fünf Jahren für sinnvoll.
- Für jeden Vertragspartner muss die Möglichkeit zur einseitigen Kündigung bestehen.

Genosse Stephan – „der Vorsitzende und Senior des Unterbezirks“

Wer war Karl Stephan? Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hildesheim? „Senior des Unterbezirks“? Karl Stephan teilt das Schicksal vieler Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die mit der Zeit in Vergessenheit geraten sind.

1878 trat Karl Stephan der Sozialdemokratischen Partei bei, also zu einer Zeit, in der noch das sog. „Sozialistengesetz“ in Kraft war. Am 24. März 1928 war Karl Stephan 40 Jahre Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Das Hildesheimer Volksblatt, die SPD-Zeitung für Stadt und Land Hildesheim, würdigte ihn anlässlich dieses Jubiläums. „Anlässlich dieses Jubiläums geziemt es sich, dem verdienten Genossen und Förderer der sozialistischen Idee Worte des Dankes zu sagen für seine hingebungsvolle Arbeit in der Bewegung und sein unermüdliches Wirken im Preußischen Landtage, bei dem er stets bestrebt war, seinen Wahlkreis nach jeder Richtung hin zu fördern.“ (Hildesheimer Volksblatt, 24. März 1928).

Geboren wurde Karl Stephan am 16. November 1863 in Harburg – als Sohn eines Schuhmachers und späterem Gummiarbeiters, wie das Hildesheimer Volksblatt berichtete. Er besuchte die Volksschule, kam später nach Freden und Hannover, absolvierte die Lehre bei einem Maler. Später besuchte er eine Fortbildungsschule und eine Kunst- und Gewerbeschule. Nach dem Tod seines Vaters übernahm er in Hildesheim die Unterhaltspflicht für seine Mutter und seine drei jüngeren Geschwister.



Das Sozialistengesetz und die Reichstagswahlen 1887 waren Grund und Anlass für sein Engagement für die Sozialdemokratie. „Das Sozialistengesetz und die Reichstagswahlen im Jahr 1887 veranlaßten den jungen Malergesellen, sich auch politisch zu betätigen“, so das Hildesheimer Volksblatt in seiner Würdigung im März 1928. Dort wurde auch noch einmal angedeutet, was es hieß, sich zu der Zeit politisch in der Arbeiterbewegung zu engagieren. „Was es heißt, vor, während und nach dem Sozialistengesetz sozialdemokratische Propaganda zu treiben, wissen nur noch die, die es selbst mitgemacht haben und dabei die Schikanen des

Polizeistaates über sich ergehen lassen mußten.“ (ebd.)

In Hildesheim leitete er die „Wahlagitation“, so die Formulierung im „Volksblatt“, übernahm den Vorsitz im Wahlkomitee, war seit der Aufhebung des „Sozialistengesetzes“ seit 1890 Vorsitzender der SPD in Hildesheim und der SPD-Wahlkreisorganisation Hannover 10, wirkte später auch an der Gründung des Konsumvereins mit, wo er auch den Vorsitz im Aufsichtsrat wahrnahm.

Nach dem 1. Weltkrieg, in dem er einen Sohn verlor, und dem Sturz der Monarchie übernahm Karl Stephan Verantwortung im Hildesheimer Arbeiter- und Soldatenrat. Für diesen nahm er auch als Delegierter am ersten Arbeiter- und Soldatenkongress in Berlin teil.

Bei der Wahl zur Verfassungskgebenden Preußischen Landesversammlung, die im Januar 1919 stattfand, wurde er als Abgeordneter für den Wahlkreis 16, der damals die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg umfasste, gewählt. Von 1921 bis 1933 vertrat er im Preußischen Landtag den Wahlkreis 16/Süd-Hannover.

Karl Stephan wurde nach 1919 außerdem Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hildesheim – in Fortsetzung seiner Funktion als Vorsitzender der Wahlkreisorganisation. Die Organisation der SPD in den Jahren der Weimarer Republik ging auf den Parteitag der SPD in Weimar zurück. Hier trat vom 10. –

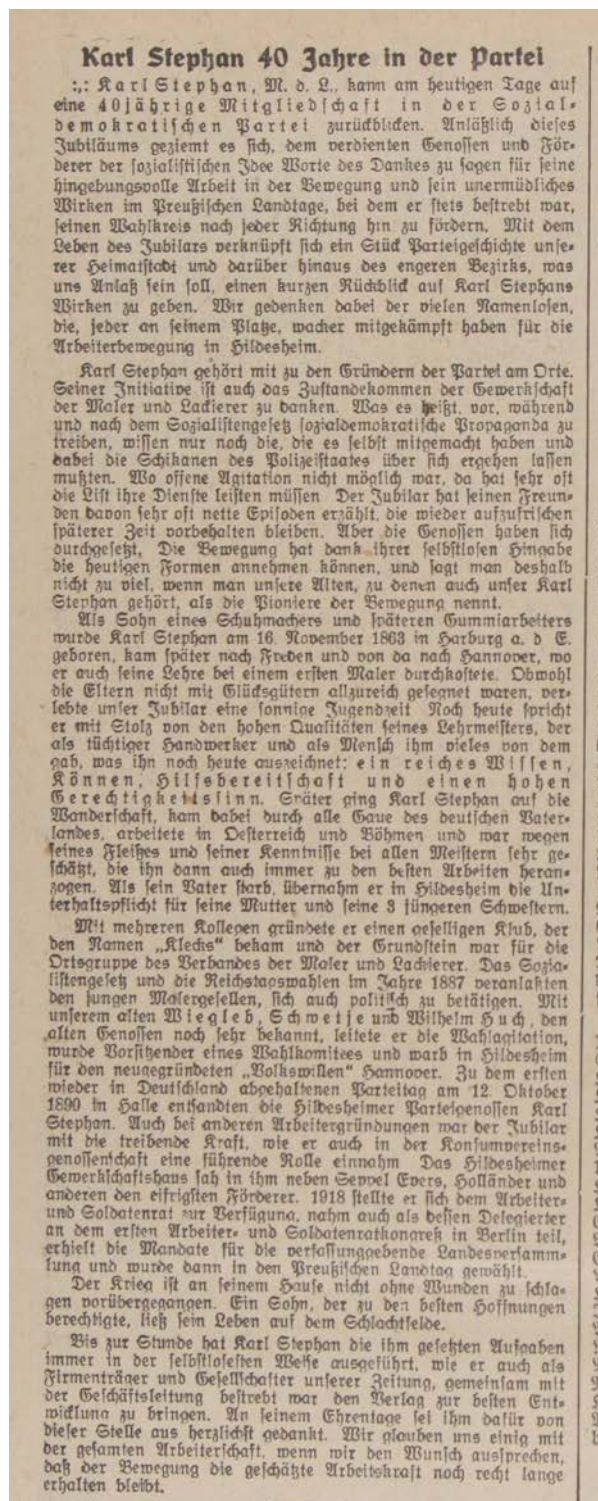
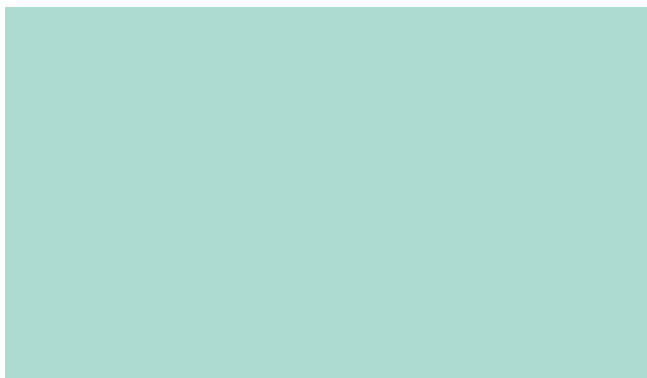
15. Juni 1919 der SPD-Parteitag das erste Mal nach Ende des Ersten Weltkrieges zusammen. Die Straffung der Organisation und die entsprechende Änderung des Organisationsstatuts standen auf der Tagesordnung. Die gesellschaftliche Situation der Gegenwart aber auch der vergangenen Jahre hatte nicht nur Auswirkungen auf die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sondern auch auf deren Organisation. Die Schaffung von Unterbezirken gehörte dazu.

Die Funktion des Unterbezirkvorsitzenden übte Karl Stephan bis 1933 aus. Noch auf dem Unterbezirksparteitag am 18. Januar 1933 – also im Angesicht des dro-

henden Faschismus – wurde er als Unterbezirksvorsitzender wiedergewählt. Gleichzeitig wurde er für den Unterbezirk Hildesheim in den Bezirksvorstand Hannover delegiert.

Vor dem Faschismus hatte Karl Stephan bereits zwei Jahre vorher - beim Unterbezirksparteitag 1931 – gewarnt. In seiner Eröffnungsrede wies er auf die Bedrohung hin: „Wir sehen heute schärfer wie je, daß alles, was nicht mit uns, gegen uns ist. Alle Kräfte haben sich verschworen, den Sozialismus dem Untergang zu weihen. Die Errungenschaften in sozialer Beziehung, die sich das Arbeitsvolk in jahrzehntelangem Kampf errungen, sollen ihm wieder entrissen werden. Dagegen wehren wir uns. Unser Kampf geht um die heiligsten Volksrechte, um die Erhaltung der Demokratie, um die Weimarer Verfassung, um das parlamentarische System, um die republikanische Staatsform“ (Hildesheimer Volksblatt, 30. März 1931). Und beim Unterbezirksparteitag 1933 betonte er: „Aber jetzt ist die Stunde gekommen, wo sich die gesamte Reaktion, die geschworenen Feinde der deutschen Arbeiterklasse, zusammengetan haben, um so oder so die Macht an sich zu reißen“ (Hildesheimer Volksblatt, 20. Februar 1933).

Bei der Wahl zum Preußischen Landtag am 5. März 1933 kandidierte Karl Stephan erneut und wurde wieder Abgeordneter des Preußischen Landtages. „Im Preußischen Landtag der 5. Wahlperiode gehörte er keinem Ausschuß mehr an. Am 19.5.1933 schied er aus der Fraktion der SPD aus. 1933 wurde er polizeilich überwacht“ (Herlemann, Beatrix, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919-1945, Hannover 2004, S. 350)



Hildesheimer Volksblatt, 24. März 1928, Stadtarchiv Hildesheim, Bestand 500

Impressum

SPD-Ortsverein Grasdorf-Luttrum
Sven Wieduwilt
Wiethagen 3
Luttrum
Tel.: 963117
swieduwilt@spd-holle.de